



DSGS

Deutsche Schutz-Gemeinschaft
Schall für Mensch und Tier

Pressemitteilung der Deutschen Schutz-Gemeinschaft Schall für Mensch und Tier:

Vor wenigen Tagen mahnte die WHO die deutsche Regierung an, dass die im Land für Windindustrieanlagen einzuhaltenden Lärmschutzwerte zu hoch angesetzt sind. Sprich, die Anlagen sind für die Anwohner viel zu laut und stellen damit ein Gesundheitsrisiko dar. Das deckt sich mit den teilweise dramatischen Berichten lärmgeplagter Anwohner. Größere Abstände einhalten zu müssen, gefällt aber weder der Windkraftlobby noch den Politikern, die den Deutschen Sonderweg der Grünen Energiewende, der voll auf Windenergie setzt, ohne Wenn und Aber durchziehen wollen. Dabei haben wir im dicht besiedelten Deutschland bereits die höchste Dichte an Windrädern auf der Welt. (Und deswegen auch die höchsten Strompreise.) Und da die Anwohner der Windenergieanlagen auf dem Land eine gesellschaftliche Minderheit sind, die Grünwähler aber in den Städten leben, wird das unter den Tisch gekehrt. Doch ist es nur die Spitze des Eisbergs, denn das größte gesundheitliche Schadenspotential hat der weiter reichende Infraschall, der, weil er nicht gehört wird, überhaupt keine Berücksichtigung findet und vermutlich schon große Teile der Bevölkerung krank gemacht hat.

Auf weitere Kollateralschäden der Grünen Energiewendepolitik hat erst vor wenigen Tagen der Bundesrechnungshof in nie dagewesener Deutlichkeit hingewiesen. Die Deutsche Energiewende kostet das Land unvergleichlich viele Ressourcen und Milliarden von Steuergeldern, ohne dass sich ein realer Nutzen beim CO₂ Ausstoß abzeichnet. Doch noch schlimmer, der Regierung drohe inzwischen der vollständige Verlust der Kostenkontrolle für eine Energiewende, die so nicht funktioniert.

Von der Politik ist nun vor allem Ehrlichkeit zu fordern. Es kann nicht sein, dass die Gesundheit von Windindustrieanlagen-Anwohnern den Profiten der Windkraftlobby geopfert wird. In diesem Sinne ist ein sofortiges Moratorium zu fordern und eine öffentliche Neubewertung und Neuausrichtung der Energiewendepolitik unter Berücksichtigung aller Fakten und Argumente erfolgen.

Das Anliegen des Vereins DSGS ist es, in dieser öffentlichen Diskussion den Geschädigten Gehör zu verschaffen und über die Gefahren der aktuellen Energiepolitik aufzuklären.

52372 Kreuzau, den 12.10.2018

Ansprechpartner:

Peter P. Jaeger

Vorsitzender

Tel. 02422-9598 823

peter-paul.jaeger@dsgs.info

(Rechte frei bei Veröffentlichung zum Thema) Anlage: Foto (pixabay) und Logo